

Renaissance der Unvernunft

Beigesteuert von Jürgen Scheffler
Sonntag, 8. Juli 2007

Der

Blick auf hiesigen Olymp der Politik in diesen Wochen ist mit Leichtigkeit in der Lage, bei aufmerksamen Beobachtern schwerste Depressionen auszulösen. Wie bei einem Badewannenstrudel schwebt scheinbar jedes noch so kleine Teilchen Unvernunft unaufhaltsam in Richtung der Hauptstadt Absurdistan, um sich dort im Strom des an der Masse der Menschen vorbeifließenden Geldes zu realer Politik zu verdichten. Machen wir uns nichts vor - der 11. September 2001 ist genau jener Tag, an dem irgendjemand gleichsam den Stopfen zog. Was hat die Welt seitdem nicht alles erleben müssen - und doch ist dies alles nur ein mäßiger Abklatsch dessen, was ihr noch bevorsteht. Wie sie dann auf dem Höhepunkt dieser nicht mehr weg zu diskutierenden Renaissance der Unvernunft dann wirklich einmal ausschauen wird, ist kaum kalkulierbar - wobei eigentlich schlimm genug sein sollte, was wir längst haben.

Einem

maßgeblichen Mitgestalter Absurdistan scheint das bereits erreichte Ausmaß der Unvernunft keineswegs ausreichend - Dr. Wolfgang Schäuble (CDU). Seines Zeichens Innenminister und dazu gelernter Jurist - wovon allerdings nicht mehr viel übrig sein kann. Innenminister sind allein von Amtes wegen nun mal keine Vorkämpfer für Recht und Freiheit. Eingedenk der Kenntnis dieses Zusammenhangs mag sich eine gewisse Toleranzschwelle eingebürgert haben - aber das, was Merkels Minister seit längerem mit steigender Hysterie und offenbar ohne jede erkennliche Grenzen propagiert, sollte so langsam die Frage aufkommen lassen, ob seine Verfassungsfeindlichkeit noch weiter tragbar ist. So geriet ein neueres Spiegel-Interview auch zu einem wahren Gruselkabinett - was so manch anderen sicherlich in die Nähe der Verfolgungswahn-Abteilung einer Geschlossenen bringen würde. Ein paar Highlights daraus (Zitat aus der Referenz)... "Man könnte beispielsweise einen Straftatbestand der Verschwörung einführen, wie in Amerika", sagte Schäuble im Gespräch mit dem SPIEGEL. Zudem denke er darüber nach, ob es Möglichkeiten gebe, "solche Gefährder zu behandeln wie Kombattanten und zu internieren". Daneben denkt Schäuble über "Auflagen" für Gefährder nach, die man nicht abschieben könne (Anm: Abschieben nicht - aber erschießen?): "Etwa ein Kommunikationsverbot im Internet oder mit dem Handy." Als "rechtliches Problem" bezeichnete der Innenminister auch die gezielte Tötung von Verdächtigen durch den Staat.

Angesichts

dieser - wie wir finden - erschütternden Aussagen bleibt vor allem eine Gewissheit: eines der größten rechtlichen Probleme unseres Landes ist dieser Mann selbst - denn er hockt nicht etwa im Bierdunst irgendeiner abgefuckten Neonazi-Kneipe, sondern auf dem Sessel des Bundesinnenministers. Offenbar scheint die Bundesregierung - zumindest die CDU-Hälfte davon - auf das Finsterste entschlossen, jenen Staatsterrorismus den inzwischen leider auch wieder deutsche Soldaten in die Welt hinaus tragen, auch

innerhalb von Absurdistan fest zu installieren. Vor allem der Satz von der "gezielten TÄ¶tung von VerdÄ¶chtigen" muss Zorn und Widerstand beim Volk hervorrufen - VerdÄ¶chtige sind zunÄ¶chst einmal eines: VerdÄ¶chtige - d.h. ihre TÄ¶terschaft wird bestenfalls vermutet. Wer hier indirekt den Einsatz "gezielter TÄ¶tung" verlangt, dem muss klar sein, dass er damit sÄ¶mtliche (noch verbliebenen) Grundlagen unseres Rechtsstaates unterpfÄ¶igt. Was er da fordert, ist nichts anderes als staatlicher Mord - schlimmer noch als die Todesstrafe, denn diese droht ja nur Menschen, denen ein entsprechendes Verbrechen zumindest in juristischen Kategorien nachgewiesen wurde. Verweise auf die USA, wo all dies und noch mehr IÄ¶ngst geschehen ist, nutzen da wenig. Kein Staat der Welt hat ein Recht zu elementarem Unrecht.

MÄ¶glicherweise hat dieser Mensch ja ein Trauma wegen des an ihm verÄ¶bten Anschlages - oder irgendwelche andere schweren Probleme, um die sich dringend mal ein Fachmann oder eine Fachfrau kÄ¶mmern sollte. Als Bundesinnenminister jedenfalls ist er angesichts solcher Aussagen NICHT mehr tragbar und gehÄ¶rt schleunigst aus dem Amt entfernt. Auch muss offen bleiben, was der von SchÄ¶uble seit Jahr und Tag geforderte Einsatz der Bundeswehr im Inneren sowie seine unzÄ¶hligen anderen Forderungen eigentlich wirklich bezwecken soll - sie eignen sich fÄ¶r alles MÄ¶gliche (wie man beim G8-Gipfel bewundern durfte...), nur nicht wirklich fÄ¶r einen Krieg gegen der Terrorismus - denn Terroristen kÄ¶nnen ihre Konspiration jederzeit mit wenig MÄ¶he unangreifbar gestalten. Diesem Naturgesetz des asymmetrischen Konfliktes wÄ¶rde man selbst mit Orwell'schen VerhÄ¶ltnissen (Gedankenpolizei...) nicht entkommen kÄ¶nnen.

Dass wir indes die Lage nicht nur allein so zuspitzend und dramatisch beurteilen, mÄ¶chte ich an folgendem Beispiel - ein Zitat von hier - deutlich machen, dem wenig hinzuzufÄ¶gen ist:

Wer nun denkt, mit diesem traurigen Highlight sei die Tour durch die alleneuesten AbsurditÄ¶ten in Absurdistan ausgelastet, der ist immer noch ein wenig zu blauÄ¶ugig. Vor wenigen Tagen entschied unser Verfassungsgericht - Abgeordnete mÄ¶ssen ihre NebeneinkÄ¶nfte offenlegen. Bevor man ins Feiern verfÄ¶llt, MUSS leider auf den hÄ¶chst beachtlichen Umstand hingewiesen werden, dass diese im Kern vernÄ¶nftige Entscheidung lediglich mit 4:4 Richterstimmen fiel - also das knappste denkbare Ergebnis bei einer solch - eigentlich vÄ¶llig klaren - Frage. GroÄ¶verdiener-Abgeordneter Merz und einige - ebenfalls groÄ¶verdienende - Abgeordneten-Kollegen aller Fraktionen auÄ¶er der Linksfraktion hatten gegen die - an sich recht dÄ¶rftigen (in den meisten anderen LÄ¶ndern werden sie wesentlich strenger gehandhabt.. und das zu Recht) - Auflagen zur Offenlegung ihrer "NebeneinkÄ¶nfte" geklagt.

Die Schlappe fÄ¶r Merz indes war in einem anderen Punkt vollkommen - er wandte sich mit seiner Klage auch zusÄ¶tzlich noch gegen die sogenannte "Mittelpunktsklausel", nach der fÄ¶r einen

Abgeordneten seine Mandatsfähigkeit den Mittelpunkt seiner beruflichen Aktivitäten zu bilden habe. Dieses Äußerst fragwürdige Ansinnen schmetterten die Richter erfreulicherweise mit 8:0 ab. Nichts desto weniger - für unsere neuen "Herrenreiter" im Parlament ist anscheinend auch ein Verfassungsgerichtsspruch noch lange nicht Grund genug, sich der nunmehr bevorstehenden Offenlegung - eigentlich mehr Indizienveröffentlichung - jener Interessen, denen sie in Wahrheit dienen, kampflös zu ergeben.

So ist inzwischen auch die Rede von "GaGa-Bestimmungen" und in diesem Artikel können sie die schleimige Argumentation der sich um ihren wahren Schmierstoff besorgt sehenden Abgeordneten samt Bundestagspräsident Lammert nachlesen. Hallo? Das Ganze ist Ißngst Gesetz - eigentlich. Allein Bundestagspräsident Lammert zauderte - und wie sich zeigt, gab es Gründe dafür. Es bleibt nur zu hoffen, dass sich die Wähler der daran beteiligten Herren- und Damenschafften sich all dies sehr genau bis zur nächsten Wahl merken - denn dann könnte sich das Problem ganz flott lösen: und zwar zugunsten von Abgeordneten, die vor allem eines tun: Den Job zu machen, für den sie gewählt wurden - und für den sie gewiss kein Almosen aus dem Staatsäckel einstreichen.

Wenig

zu feiern - zumindest

für vernünftige Menschen

- gab es auch auf einem anderen Kriegsschauplatz: Unsere von ihren in den Medien hochgejubelten Scheinerfolgen gestärkte Kanzlerin tat letzte Woche etwas, was sie bislang weitgehend vermied - in ihrer Rolle als CDU-Chefin bezog sie klare Position. Die CDU möchte "moderner" werden, lautete die ausgegebene Parole auch bei der Arbeit am neuen CDU-Programm. Nun muss man die Sicht des Konservativen auf die Welt verstehen, um zu begreifen was in seinen Augen Fortschritt ist. Hessens Ministerpräsident Roland Koch (CDU) brachte es dann auch auf den Punkt, wenn er feststellt, dass der Programmentwurf "...in der Kontinuität der Arbeit steht, die die CDU in den letzten Jahren gemacht hat..."

Dem können wir nicht im Geringsten widersprechen - der Entwurf strotzt denn auch vor lauter "netten" Vokabeln - sprich inhaltsleeren Worthäufungen: Solidarität, Gerechtigkeit und Freiheit sollen es sein, die - geht es nach der Union - künftig einer "Chancengesellschaft" ausgelebt werden sollen. Allerdings ist hier Vorsicht geboten - das traditionelle Verständnis manch Konservativen von einem üblichen Begriff muss sich nicht notwendigerweise mit dem allgemein akzeptierten decken.

Das

Programmentwurf geht dann auch ebenso an nahezu allen wichtigen Problemen unserer und anderer Gesellschaften anno 2007 ebenso meilenweit vorbei, wie die seit 911 praktizierte Politik es insgesamt auch tat. "Ehe und Familie" sei ein Fundament der Gesellschaft stellt der Entwurf fest - und vergisst: nicht Ehe und Familie ist das Fundament der Gesellschaft, sondern Menschen, die im Allgemeinen gerne selbst entscheiden würden, wie sie leben möchten. Des Weiteren war er natürlich unvermeidlich - jener dem "C" im Parteinamen geschuldete Kotau vor der Kurie. Also huldigt man im Programmentwurf einem "christlichen Menschenbild" - allerdings ohne dabei zu sagen, welches Bild - von den über die Epochen genommen Äußerst vielen des Christentums - man da wohl genau meinen könnte.

Für

jeden der da bislang noch gezweifelt haben mag - dürfte mit der eindeutigen Positionierung von Kanzlerin Merkel nun klar geworden sein, dass eine Rückkehr zur Vernunft seitens dieser Volkspartei des Landes vorerst nicht zu befürchten steht. Es mag vielleicht auch sehr optimistisch gewesen sein, von einer konservativen Partei die Fähigkeit zur Erneuerung und zur Entwicklung tragfähiger Zukunftsvisionen zu erwarten - vor allem in einer Zeit, wo das Geschäft der Konservativen weltweit derart blendend läuft, wie seit 100 Jahren nicht mehr. Gleichwohl hätte zumindest ein Aufblitzen von zukunftsorientiertem Problembewusstsein zumindest etwas Hoffnung machen können. Dies aber schien dem versammelten (und naturgemäß nicht sonderlich ausgeprägten) Unionssachverständigen nicht möglich, wie der Programmentwurf geradezu erschreckend deutlich macht.

Stattdessen eine fast schon totalitäre Einschüchterung der Unvernunft-Partei auf neoliberalen Kurs: Nehmen wir den irgendwelchen Thinktanks entsprungenen Synthetikbegriff "Chancengesellschaft". Der für bestimmte Politiker besonders verlockende Vorteil des Begriffes "Chance" ist seine völlige Unverbindlichkeit - denn über nichts lässt sich derart unverbindlich fabulieren wie über Chancen, über deren Wert allein schon die stets in der Zukunft liegende Erfüllung niemals ein Urteil erlaubt. Urteile aber sind notwendiger denn je, um Fehler im zurückliegenden Handeln erkennen und vermeiden zu können. Eine Chancengesellschaft indes gibt es nicht, denn von Chancen kann kein Mensch leben. Gesellschaften sind so zu organisieren, dass alle Menschen leben können. Hier geht es nicht um Chancen, sondern um ganz konkrete Realitäten. Dies ist primär nicht eine Forderung eines eher nebulösen christlichen Menschenbildes, sondern dies ist ganz konkret in Form der UN-Menschenrechte von der Bundesrepublik Deutschland international verbindlich unterzeichnet worden.

Für einen Afghanen oder Iraker indes muss sich die derzeitige Realität schon höchst merkwürdig darstellen, wenn sein ganzes Dorf platt gebombt wird, weil irgendwelche fremden Truppen in dessen Umfeld irgendwo auf Widerstand stießen. Dann erst recht, wenn er später im Radio noch hören muss, irgendeine anonyme Abkürzung bedauere zwar, dass Zivilisten zu Tode gekommen seien, jedoch hätten Hinweise für Kontakt zu den Taliban / Al-Quaida vorgelegen. Was ist das denn bloß für eine Logik? Eine vermutlich, die unserem Schutzbüro höchst vertraut scheint, und sich nicht wirklich als solche bezeichnen lässt.

Es hilft hier nicht, sich darauf heraus zu reden, die Terroristen würden die Taktik des menschlichen Schutzschildes verwenden - die Terroristen entscheiden was sie tun und das Militär (also auch unsere Soldaten, die wir dorthin "befehlen"...) entscheidet was es selbst tut. Tötet es aber einen Zivilisten, und dies bedeutet nun mal, einen Menschen, der nicht eindeutig selbst schon Terrorakte begangen hat, dann ist das ein Verbrechen und sonst nichts. Fallen solche Opfer gleich im Dutzend an, so ist und bleibt das eine Barbarei, die der wichtigsten internationalen Vereinbarung überhaupt - nämlich den Menschenrechten - blanken

Hohn spricht.

Der
 ausgerufene "Krieg gegen den Terror" an sich ist und
 bleibt nichts anderes, als ein gefährlicher Wahnsinn - wenn wir Stand
 Juli 2007 nur ¼berschlägig die Opfer aufzaddieren, wird deutlich, welch
 gigantisches Verbrechen dahinter steht. Durch die Hintertür
 hat längst wieder jenes Kollektivschuldprinzip
 Einzug gehalten, was der Menschheit immer schon nichts als nur Unheil
 und Schrecken bescherte. Die Täter des 911 - wer auch immer sie
 beauftragt haben mag - sind vor allem Eines: nämlich Tod und
 damit ist ihre Schuld gesät. Es gibt weder eine moralische,
 noch eine ethische noch eine juristische Rechtfertigung für den
 seit 2001 weltweit grassierenden Wahnsinn.

Dem
 Sachwalter des christlichen Menschenbildes,
 dem "heiligen Stuhl" in Rom, hätte es mehr als gut zu
 Gesicht gestanden, hier eindeutig Position zu beziehen. Doch dies war
 ihm anscheinend - wie eigentlich in jeder historischen Situation der
 Geschichte wo solches von Äpfeln gewesen wäre - mal wieder
 nicht möglich. Dies spricht weder für Bild noch für
 Sachwalter - und natürlich auch nicht für
 jene Partei, die sich solches ins Stammbuch schreibt.

Diese
 aber möchte nun - ihr durchgeknallter Innenminister vorneweg -
 endlich wieder das Militär gegen das eigene Volk einsetzen
 dürfen - weil ja die ¼beraus enorme
 Bedrohung durch afghanische Bergbauern, deren Dörfer man
 fortwährend rechtswidrig plündert, abzuwehren sei. Zu diesem
 Zwecke möchte man ferner alle Bürger
 des Landes auf Schritt und Tritt verfilmen (auf Autobahnen
 geschieht dies ja sowieso) und nach Belieben
 willkürlich auf privaten Computern herumspionieren
 dürfen. Im CDU Entwurf aber liest sich das dann so: "Das
 neue Programm soll eine Ausweitung der Freiheit der Bürger mit
 zusätzlicher Sicherheit verbinden..."

Aha
 - unsere Freiheit wird also ausgeweitet - doch scheint es schwer, zusätzliche Freiheit bei diesen Maßnahmen zu finden,
 außer
 jener für die Mächtigen und Reichen, könnftig all das
 tun zu dürfen, was inzwischen mit gutem Grund längst verboten worden ist, z.B.
 eben so nebenbei mal ein paar afghanische Dörfer in Schutt und
 Asche zu legen. Schöuble benutzt denn auch tatsächlich
 das Wort Freiheit im eingangs erwähnten Interview: "...
 und Rechtsgrundlagen schaffen, die uns die nötigen Freiheiten im
 Kampf gegen den Terrorismus bieten." Eine eingehendere
 Auseinandersetzung mit den "Programmbemühungen" der
 Union lohnen eigentlich nicht - seien Sie versichert - weder ist
 darunter etwas "Neues" noch etwas Brauchbares.

Kommen
 wir noch kurz zur anderen großen Volkspartei - Der SPD. Welches
 Ausmaß an Freundschaft der Medien der SPD sicher ist, kann man
 am nebenstehenden Bild erkennen, dass SPIEGEL ONLINE sich anlässlich
 eines Artikels über den Zustand der SPD gänzte. (Inzwischen
 hat es Spiegel-Online zumindest aus den Frontpages entfernt - wir aber
 haben daraufhin die obige Merkel-Bildmontage ausgewählt...).

Allem medialen Stürmfeuer zum Trotz: die SPD hat es derzeit am schwersten unter allen Parteien, den sie hat wirkliche Konkurrenz bekommen - einerseits müsste sie vorwärts strahlen, und zwar in eine Richtung der Vernunft - gleichzeitig aber muss sie erst noch das ausspeien, was zu ihrer Krankheit geführt hat: den Schröderismus. Wir berichteten mehrmals ausführlich darüber.

Damit

ist das Maß der Unvernunft aber immer noch keineswegs erschöpft - im Gegenteil: derzeit haben wir eine Medienkampagne zu verzeichnen, die mindestens in Deutschland und wie wir gerade beim Schreiben dieses Artikels beobachten können - auch in Österreich losgebrochen ist. Heute waren zu guter Nachmittagszeit - angeblich "renommierte" Wissenschaftler (deren Name sich der Sender im Internetartikel nicht einmal zu nennen traut...) bei N-TV versammelt, die "armen irreführten" Menschen über die Klimakatastrophe mal so richtig "aufzuklären". Schwachsinn im Großgebäude bekam man da zu sehen und zu hören - ebenso wie später auf ARD, wo der hier hinreichend demaskierte "Zukunftsforscher" Horx (eigentlich verkrachter Student...) sich über eine höchst reichliche Worterteilung mit der in seinem Fall sich leider unausweichlich anschließenden Absonderung von grandiosem Unsinn freuen durfte.

Seine

Message: Es gibt keine Klima-Katastrophe. Richtig - NOCH haben wir sie nicht und das ist gut so. Nach Abzug aller Hysterie aber man kann behaupten: wir sind auf einem verdammt guten Weg dorthin. Die CO₂ - Konzentration in der Atmosphäre durchbricht inzwischen Jahr für Jahr sämtliche Rekorde der letzten Jahrtausende. Dies ist ein schlicht und einfach nicht mehr bestreitbarer Fakt. Ein Blick auf das Klimaverhalten der letzten Jahrtausende macht indes klar: einem solchen enormen Anstieg der CO₂-Konzentration folgt der Anstieg der Temperatur - nicht sofort, eher mit einer schwer einzuordnenden Verzögerung zwischen 50 und 200 Jahren kommt dieser so gut wie sicher. Es gibt eben etwas, woran auch Herr Horx nicht vorbei kann - was auch immer natürliche Schwankungen bewirken können: der Mensch kann mit seinem eigenem Beitrag (den er nunmal in mehr oder weniger großem Ausmaß erzeugen kann...) sich auf der unproblematischen Seite oder eben auf der problematischen bewegen. Letzteres ist bei unserer derzeit vorherrschenden Lebensform EINDEUTIG der Fall. Hiermit wird die Diskussion, wann nun genau der Klimakollaps eintritt oder eintreten wird, vergleichsweise belanglos...

Der

CO₂-Ausstoß der Menschheit wächst weiter... und ist inzwischen dabei, in die Größenordnung natürlicher Phänomene vor zu stoßen. Doch es gibt einen Unterschied zwischen natürlichen und anthropogenen CO₂-Eintrag: der natürliche unterliegt natürlichen Prozessen, die offenbar in den zurückliegenden Erdzeitaltern das Pendel immer irgendwie und irgendwann zum "Zurückschwingen" brachten - wenngleich dies so nebenbei auch mal 500 oder mehr Jahre gedauert hat. Anders ist es mit dem "Manmade CO₂" - dieser kommt Jahr für Jahr so sicher wie das Amen in der Kirche immer wieder auf die natürlichen Prozesse "obendrauf". Doch hier regelt Nichts und Niemand irgend etwas von selbst - nicht einmal "unsichtbare Markthände" eines Adam Smith. Schon am 1. Januar eines jeden Jahres stehen zwei Dinge fest: erstens, wie hoch der menschengemachte Ausstoß an CO₂ (sowie der vieler anderer - teilweise erheblich stärker wirkender Treibhausgase) in etwa mindestens sein wird - und zweitens steht fest, dass er insgesamt mit derzeit beängstigender Sicherheit um Einiges höher sein wird, als im Jahr zuvor - wenn nicht endlich etwas unternommen wird.

Wir

können unsere idiotische Art zu wirtschaften nicht einfach 1:1 auf die Gigabevölkerungen von China oder Indien übertragen - denn dies wird uns eine Vervielfachung des Ausstoßes an Treibhausgasen sowie jede Menge anderer Probleme bescheren. Dies gilt sogar auch dann, wenn es hier um "die Geschäfte des Jahrtausends" ginge einschließlich daranhängender Arbeitsplätze - denn der Natur sind Arbeitsplätze, Geld und all der sonstige Firlefanz nun mal vollkommen wurscht. Der Mensch hat - eingedenk seiner ihm mitgegebenen Intelligenz (die manchen, wie Horx abhanden gekommen scheint...) so zu leben, dass er nicht jenen Lebensraum, auf den er und seine Nachfahren vital angewiesen sind, sozusagen im Hier und Jetzt "verfrachtet". Mehr als ein Frachtstück wäre es auch nicht - denn die Erfahrung lehrt: jedem Morgen folgt ein Abend...

Der

könnte dann durchaus auch so aussehen: Durch den ungehindert wachsenden Eintrag von Treibhausgasen in die Atmosphäre kommt es zu einer entsprechend verstärkten globalen Erwärmung - dies mögen nur wenige Grad Celsius sein - u.a. auch deswegen, weil sich die Atmosphäre vermutlich "regelnd" betätigt - d.h. die Bewölkung würde vermutlich zunehmen - mit der Folge, dass sich die "Aufheizung der Atmosphäre" vielleicht in Grenzen halten könnte. Ein Anstieg der Oberflächentemperatur jedoch wäre unvermeidlich - denn er ist ja der Auslöser dieser Art von Regelmechanismus. Hiermit scheint im Szenario eines sicher: ein weiterer Anstieg der Temperatur in den Weltmeeren.

Diesen

haben wir heute schon - ca. 1° C sind zu verzeichnen - mit bereits beachtlichen Folgen für das Leben im Meer (Korallen- und Artensterben) Aber es gibt da noch etwas anders: Sollte die Temperatur weiter ansteigen - ist ab etwa 2 bis 4° C Anstieg eines zu befürchten: jene gigantischen Methanhydratlager auf dem Meeresboden werden beginnen, massiv "auszugasen" - ein vorhersehbarer Prozess, der vergleichsweise simpler Physik geschuldet ist. Methanhydrat hat eben ein zweifelsfrei bestimmtes Verhalten in Abhängigkeit von den Parametern Druck und Temperatur (Zustandsdiagramm). Und ab einer solchen Erwärmung ist die Zustandsänderung dieses unter Oberflächenbedingungen sowieso flüchtigen Stoffes ("brennendes Eis") so sicher fällig, wie das Herunterfallen eines hochgeworfenen Steins.

Zwei

Folgen sind in einem solchen Fall unabwendbar: Erstens könnten in kurzer Zeit enorme Mengen des starken Treibhausgases Methan (ca. 20 mal "stärker" als CO₂..) freigesetzt, was zur Verschärfung des Treibhauseffektes führt... und zweitens "ruhen" gigantische unterseeische Meeresgebirge auf Lagerstrukturen aus diesem Stoff. Lassen diese Strukturen sich auf, werden diese "Meeresgebirge" ins Rutschen geraten und könnten dabei Flutwellen auslösen, die die uns bekannte Geschichte noch nie zu Gesicht bekommen hat. Bekannt sind derartige Gefahrenherde seit Jahrzehnten schon: besonders massive solcher Lager befinden sich z.B. vor der norwegischen Küste und um die kanarischen Inseln.

Niemand

kann sagen, ob dies morgen, in 20 Jahren oder erst in 200 Jahren geschieht - sicher aber scheint: machen wir so weiter wie bisher, wird es irgendwann geschehen. Die Indizien für eine langsame Erwärmung der Weltmeere selbst indes sind längst erdrückend - der Rückgang der Eismassen an Nord- und Südpol ist absolut nicht mehr weg zu diskutieren. Hiermit sollte so langsam klar werden,

auf welchem Weg wir uns eigentlich befinden.

Selbst, wenn wir etwa momentan nicht ausreichend klären können sollten - bleibe immer noch eine Risiko-Abwägung als Ultima Ratio: Dabei ist es vollkommen wurscht, was klimaschonendes Handeln "kostet", denn nichts ist derart "unbezahlbar" wie das, was eintreten könnte wenn: wir so weiter zu machen wie bisher. Hierüber kann es eigentlich auch keine - zumindest keine vernunftgeleitete - Diskussion mehr geben - der aktuelle CO2-Gehalt der Atmosphäre liegt mit inzwischen um die 400 ppM (Teile pro Million) auf einem Wert, den - zumindest die Gattung Mensch - auf diesem Planeten noch niemals auch nur annähernd "sah", weil es sie zu jenen Zeiten wo dies - und selbst das auch nur vielleicht - einmal der Fall gewesen sein könnte schlicht noch gar nicht gegeben hat.

Ein verminderter humanoider CO2-Eintrag in die Atmosphäre indes kann keinerlei Schaden anrichten, außerdem vielleicht in unseren zunehmend menschen- und lebensfeindlich mutierenden Wirtschaftssystemen, was aus Sicht des Planeten allerdings absolut belanglos ist. Hiermit dürfte klar geworden sein, wo hier allem Horx-Geschwätz zum Trotz die Demarkationslinien von Logik und Vernunft in Wahrheit verlaufen...

Selbst wenn sich die eine oder andere Einschätzung im Nachhinein vielleicht als zu pessimistisch erweisen sollte, wird hierdurch nichts geschehen, was der Mensch über Vereinbarungen in seinen Gesellschaften nicht locker ins Lot rücken könnte - im anderen Fall aber: besteht das konkrete Risiko, dass es irgendwann keine Gesellschaften dieser merkwürdigen Wesen mehr geben könnte, die noch überhaupt irgendetwas "vereinbaren" können... Die Wahl sollte hier also nicht so wirklich schwer fallen. Was wir heute dringender brauchen denn je, ist längst fällige Ablösung der althergebrachten Kultur von einer Anhäufung möglichst idiotischer Eigentumsberge und deren Ersatz durch eine Kultur einer fortwährenden und gewissenhaften Risiko-Abwägung bei Allem und Jedem, wo der Mensch in großem Maße in die Natur und ihre Prozesse eingegriffen wird. Wie sehr unsere Gesellschaften dieser überlebenswichtigen Anforderung hinterher hinken, kann man an folgendem Beispiel ablesen:

Komischerweise verlaufen Debatten um Klima nämlich immer dann völlig anders, sobald es wirklich um irgendwelche handfesten Geschäftsinteressen geht. Hier soll dann auf einmal die nach Ansicht einiger schanghaiteer Wissenschaftler oder von Typen wie Horx gar nicht bestehende Klimaproblematik auf einmal sogar dazu dienen, hierzulande in Huldigung des großen Siemens den Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Kernspaltungstechnologie herbei zu lamentieren. Auch hier liegen die Fakten eigentlich längst unbestreitbar auf dem Tisch: sichere Endlager auf der Erde kann es allein deswegen schon nicht geben, weil kein Mensch die technische Sicherheit irgendeiner Einrichtung über Hunderttausende von Jahren überhaupt beurteilen könnte. Eine Renaissance dieser unbrauchbaren Technologie steht darüber hinaus unter drei Vorzeichen - Erstens, werden vermehrt strahlende Partikel freigesetzt, die natürlich praktisch nicht vorkommen. Zweitens ist der Ausgangsbrennstoff bereits heute schon eine knappe Ressource mit relativ geringen Vorräten und Drittens schaffen wir hiermit Gesellschaften in denen fortwährend extrem gefährliche Substanzen umeinander gekarrt werden müssen. Vom generellen Betriebsrisiko und dessen Folgen wollen wir momentan mal absehen, da alles Vorangegangene allein schon mehr als reichen sollte - nur eines noch: Wie

bitte schaut es denn hier Terror-Vorsorge aus?

Wie

gut wir diese Technologie im Griff haben, konnte man erst kürzlich in Norddeutschland mitverfolgen - wo tagelang austretender Rauch das sonst übliche Beschäftigen oder gar Vertuschen von Störfällen unmöglich machte. Eigentlich müsste längst Vorkehr gegen eine spezielle und wenig bekannte Form des Terrorismus durchgesetzt werden - jenen Terrorismus nämlich, der von der nimmersatten Geld- und Machtgier einflussreicher Großkonzerne ausgeht. Wieviel Menschenleben allein die Atom-, Pharma-, Chemie- und Gentechniklobbies schon auf dem Gewissen haben, kann nur gemutmaßt werden - fest aber steht: diese Zahl dürfte mit Sicherheit größer sein, als die der Opfer sämtlicher Terroranschläge, die nicht direkt in Zusammenhang mit Militärsaktionen stehen.

Sie

sehen - liebe LeserInnen und Leser - wir begannen bei einem verirrten Bundesminister und endeten in unserer "Umwelt" - die man treffender als "Lebensraum" und den Umweltschutz als "Lebensraumschutz" bezeichnen sollte - damit den Menschen klarer wird, worum es letztlich bei all dem Vielen, was unsere heutigen Gesellschaften zu entscheiden haben, in Wahrheit geht. Und nur Eines gilt da mit "tödlicher" Sicherheit: Es KANN DEFINITIV nicht auch nur ein einziges Wirtschafts- oder Eigentumsinteresse geben, was der Notwendigkeit zu Schutz und Erhaltung unseres Lebensraumes überhaupt je vorgehen könnte.

Das

Schicksal der Menschheit bleibt untrennbar verknüpft - wie schon einmal zu Zeiten des "kalten Krieges" - mit ihrer Fähigkeit zur kollektiven Vernunft. Die Kurve damals wurde irgendwie geschafft - heute aber ist es durchaus fragwürdiger, ob dieser Akt abermals gelingt. Die in den Gesellschaften kursierende "Information" ist der Dreh- und Angelpunkt aller öffentlichen Vernunft und letztlich auch der von "Demokratie". Eine "Demokratie", die sich selbst ihrer Lebensgrundlagen beraubt, ist NICHTS wert - und erst recht keinen Schuss Pulver gegen andere Menschen, die es möglicherweise sogar anders machen würden.

Unbestreitbarer

Fakt bleibt: Wer in der heutigen Welt die Zukunft der Menschheit als Ganzes aufs Spiel setzt, sind im Wesentlichen die westlichen Industrienationen mit ihren phlegmatischen Bevölkerungen und nimmersatten Wirtschaftssystemen und ihren weit jenseits aller Vernunft stattfindenden Eigentumsanhäufungen. Die letzteren sind vollkommen "wertlos" - denn jeder Mensch weiß: das letzte Hemd hat nun mal keine Taschen. Aber vernichtete Lebensgrundlagen bleiben auch nach dem Dahinscheiden eines "Profiteurs" immer nur genau eines: Vernichtete Lebensgrundlagen. Komisch nur, dass diese in der Schmalspurdenke der Betriebswirtschaft gänzlich nicht stattfinden. Die gegenwärtige Deformation - inkl. allem Geschwätz von Medien sowie obskuren Individuen und Verbänden arbeitet letztlich nur Einem zu: einer höchst gefährlichen Renaissance der Unvernunft. Diese müsste an allen Stellen und von allen Seiten - und besonders im Informations- und Medienbereich auf das Entschiedenste bekämpft werden (was gottseidank auch schon beginnt..) - denn keine Demokratie der Welt KANN auf Basis beschuerter Information zu vernünftigen Entscheidungen kommen...

ARTIKELENDE

Â

CogitoSum

- Beitragskritik: {mos_sb_discuss:12}

Wirtschaft

- Hintergründe: {mos_sb_discuss:45}

Â